

Später wurde eine enge Kammer von  
Funden, in der sich ein kleiner Sarg von 98  
Zentner und darin ein Kindesleib befand.  
Weiter kamen noch Gräber zum Vorkom-  
men. In einem Sarg war ein Mannes-  
skelett auf einem ganzen Saker in der Grube (w-  
scheinlich zum Händewaschen bei der Auf-







„Palästina Weekly“ von Jerusalem. In Palästina war die langwierige Frage der Teilung des Landes noch unter der Hand der Völker. Die Entscheidung über die Teilung zwischen der Zentral- und der Lokalverwaltung. Im November 1919 wurde eine Kommission zur Untersuchung der Angelegenheit eingesetzt. Die Kommission sollte die Verhältnisse in Palästina untersuchen und einen Bericht über die Ergebnisse abgeben. Die Kommission wurde aus Vertretern der britischen Regierung, der jüdischen und arabischen Gemeinschaften sowie aus unabhängigen Experten gebildet. Die Arbeit der Kommission wurde durch die schwierigen politischen Verhältnisse in Palästina erschwert. Die Kommission sollte die Interessen aller Parteien berücksichtigen und eine faire Lösung finden. Die Ergebnisse der Kommission sollten die Grundlage für die Teilung des Landes bilden. Die Kommission sollte die Verhältnisse in Palästina untersuchen und einen Bericht über die Ergebnisse abgeben. Die Kommission wurde aus Vertretern der britischen Regierung, der jüdischen und arabischen Gemeinschaften sowie aus unabhängigen Experten gebildet. Die Arbeit der Kommission wurde durch die schwierigen politischen Verhältnisse in Palästina erschwert. Die Kommission sollte die Interessen aller Parteien berücksichtigen und eine faire Lösung finden. Die Ergebnisse der Kommission sollten die Grundlage für die Teilung des Landes bilden.

christliche Verwaltung. Eine Verwaltungskommission sollte ernannt werden, die zwar der Mehrheit nach aus Beamten bestehen sollte, aber auch jüdische Mitglieder aus allen Teilen der Bevölkerung enthalten sollte. Maßnahmen zur Errichtung eines jüdischen nationalen Heimes sollten getroffen und Landtransaktionen mit gewissen notwendigen Einschränkungen erlaubt werden. Eine Landkommission sollte eingesetzt werden, um festzustellen, welche Gebiete für die jüdische Siedlung zur Förderung des Landes verfügbar seien. Eine Katasteraufnahme sollte durchgeführt werden. Ein umfassendes Programm öffentlicher Arbeiten wurde in Aussicht genommen ebenso wie Maßnahmen zum Schutz historischer Denkmäler. Endlich wurde eine Anweisung für einen Teil der Schulbildung an den Unruhen erlassen.

Kurz nach dem Amtsantritt des High Commissioner schritten die Franzosen in Syrien zu entscheidenden Aktionen. General Gouraud stellte dem Emir Feisal ein Ultimatum, worin er Anerkennung des französischen Mandates, Kontrolle über die Eisenbahnen und Bestrafung der Plünderer verlangte. Gleichzeitig erklärte sich der Libanonrat, der bisher für ein Werkzeuge Frankreichs gehalten wurde, für ein geeinigtes Syrien unter Emir Feisal. Die Umstände betreffend die Zustellung des französischen Ultimatums sind noch in ein gewisses Dunkel gehüllt. Die Franzosen schritten zur Gewalt, die syrische Armee leistete nur geringen Widerstand, der Emir floh nach Deraa und dann nach Haifa und die Franzosen besetzten Damaskus. General Gouraud schuf ein Groß-Libanon, einen im wesentlichen christlichen Staat, und später weitere syrische Staaten. In Damaskus wurde ein gefügiges Ministerium eingesetzt und mit sehr geringer Unterstützung setzte sich die Autorität Frankreichs durch. Der Umsturz blieb aber doch nicht ganz ohne tragische Folgen. Das Ministerium wurde während einer Fahrt auf der Bahn Damaskus-Semach von Beduinen angegriffen und mehrere Minister wurden getötet. Bei dieser Gelegenheit verlor Commandante Bianchini, ein ausgezeichnete italienischer Marineoffizier und früheres Mitglied der jüdischen Kommission, sein Leben.

Der Fall Feisals brachte die Frage der Regierung in Palästina, das unter seiner militärischen Verwaltung gestanden hatte, auf Tapet. Nach dem Sykes-Picot-Vertrage fiel das ganze Gebiet südlich des Jarmuk in die britische Späre. Die französische Regierung erklärte sich an diesem Gebiete uninteressiert und im August kam der High Commissioner in Es Salt mit den arabischen Chefs zusammen. Die Bevölkerung wünschte eine tatsächliche britische Besetzung, die Leben und Eigentum schützen könnte. Die Londoner Regierung aber war zu der Zeit in Mesopotamien stark engagiert und fürchtete sich davor, weitgehende Verantwortungen zu übernehmen. Daher erklärte der High Commissioner, daß die Bevölkerung selbst eine Regierung bilden sollte, daß sie aber freien Handel mit Palästina genießen und daß die palästinensische Regierung ihr durch Entsendung von politischen Beamten und von Gendarmerie beistehen würde. Der Versuch ist nicht allzu erfolgreich gewesen, da es sich um ein Land handelt, in dem nur die Autorität gilt, die entsprechende Machtmittel entfalten kann. Streiktruppen aus dem Süden und andere Elemente stifteten Unruhe und in nicht allzu ferner Zeit wird eine wirkliche Besetzung dieses fruchtbaren Teiles des palästinensischen Gebietes durchgeführt werden müssen.

Die Nordgrenze blieb lange Zeit unbestimmt. Die Franzosen bestanden auf den Bestimmungen des Sykes-Picot-Vertrages. Von palästinensischer Seite aber wurde eine Nordgrenze verlangt, die dem Lande den Besitz jener Wasserkräfte sichert, die allein die Mittel zur Bevölkerung und Elektrifizierung im großen Maßstabe liefern können. Der Beirat des High Commissioners sprach die Auffassung Palästinas in diesem Punkte aus, aber der Erfolg entsprach nicht völlig. Im Dezember gelangten Lloyd George und Lequien zu einer Vereinbarung, wonach Frankreich der ganze Schölan und Gauran zufließen, das ganze Gebiet des Litani, das Ousef des Tiberias-Sees und das Jarmukal samt der Eisenbahn. Allerdings wurde versprochen, Palästina die Benützung der Wasserkräfte zu gestatten und jüdische Fachleute bei der Feststellung der Grenzen war eine tiefe Enttäuschung für alle patriotischen Palästinenser, die sie keinesfalls als endgültig ansehen können. Gleichzeitig mit den Mandatsbestimmungen des Mandates zwischen den Großmächten vereinbart und zur Ratifizierung an den Völkerbund nach Genf gelangt. Die Mandatsbestimmungen sind noch nicht veröffentlicht, aber es ist bekannt, daß sie so gefaßt sind, um die

Palästina Delegation auszuführen und daß die jüdische Organisation als Vertreter des jüdischen Volkes für die Aufgabe der Errichtung eines jüdischen nationalen Heimes anerkannt wird. Im Jahresbericht war der Friedensvertrag mit der Türkei noch nicht ratifiziert, was zu gewissen Mifständen führte.

Der High Commissioner widmete die ersten sechs Monate seiner Amtsführung aktiver Aufbauarbeit. Seine Verwaltung brauchte Geld für das große Programm öffentlicher Arbeiten und fand gewisse Hindernisse bei der Sicherung desselben durch die auf der ganzen Welt bestehende wirtschaftliche Krise. Mehrere Tausende jüdischer Einwanderer kamen in das Land und fanden Beschäftigung, hauptsächlich beim Straßenbau und anderen öffentlichen Unternehmungen. Diese Neuanfassungen brachten die Grundzüge der Kooperation mit und schlossen gruppenweise ihre Kontakte ab. Ihre Ankunft traf zeitlich mit einer gewissen Unruhe unter den Arbeitern zusammen, die wirtschaftlichen Charakter trug. Es gab mehrere Streiks, besonders in den Weinellereien von Nischn und in Jassa.

Verschiedene wirtschaftliche Fragen erforderten besondere Beachtung. Nicht die geringste war die Forderung der Suez-Kanal-Kompanie nach Entfernung der Eisenbahnbrücke über den Kanal, welche den Durchgangsverkehr zwischen Palästina und Ägypten ermöglichte. Trotz energischer Proteste seitens der palästinensischen Regierung wurde die Brücke mit Neujahr abgebrochen. An ihre Stelle sind Tragseilfähren getreten, welche den Durchgangsverkehr wenigstens in einem gewissen Maße ermöglichen. Ein gewisser Fortschritt wurde erzielt, indem die Eisenbahnen in Palästina in einen besseren Zustand versetzt wurden, aber noch immer ist rollendes Material und eine ganze Anzahl von Umbauten nötig. Dazu wäre eine Anleihe erforderlich. Die Frage der Elektrifizierung der Eisenbahnen wurde ernstlich erwogen, hauptsächlich im Zusammenhang mit einem von Ing. Nuttenberg verfaßten Projekt für eine hydroelektrische Anlage.

Es wurde anerkannt, daß eines der wichtigsten Bedürfnisse Palästinas ein entsprechender Hafen ist. Ein beschiedener Plan zum Ausbau der Rhyde von Haifa wurde in Angriff genommen. Haifa könnte wohl der führende Hafen im östlichen Mittelmeer werden, aber die Arbeiten sind sehr kostspielig und werden viele Jahre dauern, und die Aussichten von Haifa sind durch eine Grenzregelung, die ihm einen bedeutenden Teil seines natürlichen Hinterlandes nimmt, nicht verbessert worden. Pläne für einen Hafen in Jassa sind in Erwägung und es ist wahrscheinlich, daß dort raschere Fortschritte gemacht werden als in Haifa.

Inland.

Erstes und Heiteres von der Volkszählung.

Wie uns von vertrauenswürdiger Seite berichtet wird, hat in einer nächtlichen Stadt der tschechische sozialdemokratische Bürgermeister je einen Vertreter der Zionisten und der tschechischen Juden gleichzeitig zu sich geladen und beiden den Wunsch ausgesprochen, sie möchten vor der Volkszählung durch Plakate die jüdische Bevölkerung auffordern, sich zur jüdischen, bezw. tschechischen Nationalität zu bekennen. Es entwickelte sich ein artiges Gespräch zu dem, in dessen Verlauf sowohl der Vertreter der tschechischen Juden als auch der besorgte Stadtvater verschiedene Wahrheiten zu hören bekommen. Der Zionist hatte Gelegenheit zu bemerken, daß er auf die an ihn gerichtete Zumutung hin die Anbringung der bereits früher bestellten Plakate am liebsten verhindern würde, da unser Bekenntnis zur jüdischen Nationalität niemand zuliebe und niemand zuliebe, sondern uns selbst und der von uns erkannten Wahrheit zu Ehren erfolge. Dementsprechend waren auch die jüdischen Plakate abgefaßt. Gegenüber trugen die Plakate der tschechischen Juden einen Text, der etwa lautete: Wer sich zur jüdischen Nationalität bekennt, schließt sich an der tschechischen Nation aus. Wer nicht zum Fremdling in unserer Republik werden will, bekennt sich zur tschechischen Nationalität! Wenn irgend jemand glaubt, mit unsamen Lügen einem vorgeblichen Ideal nützen zu können, fühlen wir nur lebhaftes Mitleid. Es wäre aber vielleicht doch gut, wenn die tschechischen Juden auch noch hinzugefügt hätten, daß auch alle jene tschechischen Staatsbürger, die sich etwa zur deutschen Nationalität bekennen, dadurch die Staatsbürgerschaft verlieren. Das Größte ihrer Lüge wäre dadurch etwas deutlicher zum Vorschein gekommen.

Diese heitere Blüte ist aber nicht die einzige, die anlässlich der Volkszählung auf dem Baume eines seiner eigenen Würde vergeblichen Zerkümmerns entworfen ist. Der „Jüdische Sozialist“, das Organ der kommunistischen Po-

ale-Zion in der tschechoslowakischen Republik, hat allen seinen Anhängern die Parole vorgeschrieben: „Narodíme se jidom, konfesirom, Nationalit: jidom“. Abgegeben davon, daß der Austritt aus einer Konfession nicht durch eine Eintragung im Volkszählungsbogen erfolgen kann und daß eine solche Eintragung unrichtig und daher strafbar ist, wenn der Austritt aus der Konfession nicht auf gesetzliche Weise vollzogen wurde, ist es doch mehr als merkwürdig, wenn eine „jüdische“ Partei ihren Anhängern diesen Austritt vorschreibt. Es ist ein Beweis für die Kenntnislosigkeit und Unsicherheit dieser Herren, die nichts anderem gehören als der tönnenden Phrase. Sie haben in jenen Magazinen, aus denen sie ihre Schlagwörter beziehen, auch eines vom Antisemitismus gefunden und wenden es nun auf die jüdische Religion ebenso an, als wäre diese eine Art von römischen Katholizismus. Es ist uns unverständlich, was einen jüdischen Sozialdemokraten daran hindern könnte, dem Gesehe Moses zu gehorchen, das eine soziale Gesetzgebung darstellt, wie sie nicht einmal in Moskau, der „Heimat aller“, verwirklicht ist. Aber nach den wahren Inhalten fragt ja diese Gruppe niemals, ihr ist nur wichtig, ob sie die Gelegenheit hat, den Mund radikal aufzureißen, und ob der Moskauer Papst ihr Verhalten billigt. Da sie selbst damit ein Schulbeispiel von reaktionärem Antisemitismus und Ultramontanismus liefert, kommt ihr gar nicht in den Sinn.

Naths Sath amenu an den Mittelschulen.

Laus Ministeriale (L) vom 22. Dezember 1920, Zl. 76.588, gerichtet an den Mährisch-Schlesischen Rabbinerverband, wurde die provisorische Einführung von Naths Sath amenu an den Mittelschulen gestattet.

Vitauen.

Sitzung des jüd. Nationalrates.

(Z. C. B.) Auf der jüngst stattgefundenen Sitzung des jüdischen Nationalrates für Vitauen, wurden die der Regierung vorzulegenden Ausbesserungen zum Gesetze vom 10. Jänner 1920 betreffend die Steuerhoheit der jüdischen Gemeinden verhandelt und zum Beschluß angetragen erhoben. Die Resolution lautet: Sämtliche jüdische Gemeinden bilden einen vereinigten Gemeindegemeinschaft. Als dessen Organe gelten:

1. Die Vorstands-Tagung der Gemeinden.
2. Der von der Nationalratsversammlung gewählte Nationalrat.
3. Die aus Wahlen hervorgegangene Exekutive.

Der Nationalrat ist die gewählte Vertretung der gesamten jüdischen Bevölkerung Vitauens. Nachstehende Aufgaben gehören in die Kompetenz der Gemeinden- und Nationalratsversammlung:

1. Die im § 1 des Gesetzes enthaltenen Aufgaben, insofern sie von allgemeiner Bedeutung für die gesamte jüdische Bevölkerung sind.
2. Die Vereinfachung der Tätigkeit der einzelnen Gemeindegemeinschaften und deren gegenseitige Verbindung.
3. Schiedsrichterliche Entscheidungen über eventuelle vorgebrachte Beschwerden gegen die Wirksamkeit einzelner Gemeindegemeinschaften.
4. Die Verwaltung des der jüdischen Gesamtbevölkerung gehörenden Vermögens.

Besufs Vereinfachung der gewählten Gemeindegemeinschaft durch das jüdische Ministerium hat der Nationalrat darüber sein Gutachten dem jüdischen Minister abzugeben. Der gleiche Vorgang gilt betreffend der Steuerabgabebildung.

Die Tagung der jüdischen Gemeinden und des Nationalrates bestimmt den jeweiligen Kandidat auf den jüdischen Ministerposten. Der selbst steht auch das Recht zu, den jüdischen Minister abzurufen. Der Minister für jüdische Einbernehmen mit den Organen des Gemeindegemeinschafts aus.

Der Nationalrat ist mit den Rechten einer juristischen Person ausgestattet.

Zur Deduktion seines Budgets steht dem Nationalrat das Recht zu, bei den einzelnen Gemeinden einen Teil der Geldmittel einzuklagen, welche diese gemäß Paragraph 3 des Gesetzes eintreiben.

Im weiteren Verlaufe der Nationalratsversammlung wurde nach Anhörung eines Berichtes über die Lage der jüdischen Bevölkerung in Wilna eine Resolution angenommen, in der die Vollziehung des jüdischen Nationalrates in Vitauen ihren Schmerz über die Leiden der Wilnaer Juden Ausdruck gibt, deren sehnlichster Wunsch nach Wiedervereinigung mit der gesamten litauischen Judenheit bisher unerfüllt geblieben ist. Die Resolution betont mit Genugtuung die mutige Haltung der Wilnaer Juden und drückt die Zuversicht aus, daß sie auch fernerhin den Kampf mannhaft fortsetzen werden, bis sie wieder freie Bürger in der freien litauischen Republik werden.

Politische Chronik.

Der „Reigen“.

Die Hilsen der Wiener sind verhallt. Sonst klagten alle Zeitungen über das Sinken der Valuta, Preistreiber, Bücher, über die immer größer werdende Demoralisation, die Entartung der Wiener Menschenbilder. Die Frage: wird die Entente helfen oder nicht, benahm allen Wienern den Atem, unterdes aber wurde fleißig geschoben, gelacht, gezagt, fortgesetzt bis ans Ende. Nun hört man nichts davon, nicht einmal von der Ausweisung der Juden. Die Christlichsozialen sind auf der Jagd nach edlerem Wild. „Die Ausführung des Schutzes“, „Reigen“, muß revidiert werden, da treten alle anderen Sorgen in den Hintergrund. Anschließt, Donauföderation, Christen, alles ist nichtig. Wozu das alles. Den „Reigen“, den „Reigen“ in Ketten! Und den Wiener schert solange weder Weib noch Kind, solange das Volkstheater in seinen heiligen Hallen den „Reigen“ beherbergt. Soll man lachen, oder weinen. Glauben wirklich christlichsoziale Fanatiker, daß die Moral auch nur einer „glimmigen“ Zuhörerin oder Zuhörerin verleiht wird? Glaubt er andererseits die „Arbeiterzeitung“, die von dem Schrei nach dem Reigen widerhallt, dadurch die Nation zu vertreiben, oder die Not zu lindern?

Wenn Buben das Volkstheater flürmen, die Aufführung verhindern, Herren und Damen körperlich verlegen, so ist das gewiß eine Tatsache, die gerügt und gestraft zu werden verdient. Aber die Wiener Regierung soll sich doch nicht vor der ganzen Welt so lächerlich machen, und aus der Verhinderung oder Ausführung des „Reigens“ eine politische Aktion zu machen. Die Zeiten sind doch hoffentlich vorüber, in denen eine Täuferin — wenn sie auch Vola Montes hieß — in einer stürze veranlaßt, oder die arme „Stuane aus Po rti di“ eine Revolution zur Folge hatte. Eine Stadt, in der Menschen für Theaterredouten 20.000 Kronen Eintritt zahlen, indes Tausende tübe Kulofer Kinder zugrunde gehen, ist nicht wert gerügt zu werden, und die Menschen, die dies Unglück täglich mit erleben und doch noch den traurigen Mut aufbringen sich am „Reigen“ zu amüsieren, haben jede Menschenvürde verloren. Niemals war es leichter, eine Satyre zu schreiben.

Julius Graf Andraß.

Ein Gentleman vom Schickel bis zur Sohle! Mehr noch als sein ehemaliger Freund und Ministerkollege Stephan Graf Tisza, dem er die Eleganz des Weltmanns voraushatte. Magyarisch-jüdische Journalist, sah in beiden noch größere Söhne großer Väter und mußte nicht, wenn sie mehr anbieten sollte, die Junioren oder die Senioren. Ein Staatsmann, beileibe kein gewöhnlicher Politiker, dieser junge Gnula Andraß, ein Mann, der am englischen Parlamentarismus groß geworden ist. Antisemit! Was fällt denn Ihnen ein! Wie käme dieser Saul unter die Geknechte. Andraß hat doch mit Bräutern nichts zu tun. Gott, daß er katholisch und Tisza kalvinisch war, daß er konnte er doch nicht, aber christlich ist er und niemals! Und siehe da! Gnula soll sogar dem schlauesten magyarischen Politiker, dem alten Appony die Vorbeeren wegschnappen. Von diesem war man ja gewohnt, daß er Antisemit war, antisemitisch handelte, er konnte nicht anders, als aller Kalksburgers Jesuitenzögling. Als solcher wechselte er Parteien und Gesinnung.

Julius Graf Andraß begann aber als liberaler Politiker. Anhänger des Durkismus, — den sein Vater zur unheilvollen Stunde geschlafen hat, und nur Franz Joseph, Friedjung und Bettelheim lobten ihn davor — Freund Deak, Tisza Vater und Sohn.

Die jungen Döblen, die heiße Freundschaft ursprünglich verband, so las ich es vor Jahren im „Pester Lloyd“, — und der mühte es ja wissen, — gingen später auseinander. Eingeweihte Kritiker sagten: Überher in femme, und immer allzu leicht haeret kann man sagen, wenn es auch nicht wahr wäre. Ob Tisza Andraßs Schwester hat sitzen lassen, die später eine jüdische Richin werden mußte, oder sonst etwas Ähnliches, tut und gut sie gingen politisch und — verständig auseinander. Der eine die „starke Hand“, der „Ruhm“ in Wahrheit, der „weiche“ als „Platz, Diplomat. Und nun folgt Schatz auf Schlag; kein Erwählung auf Erwählung.

\*) Der Artikel ist vor der Publikation des Mandats geschrieben.



